media/rep/

Repositorium für die Medienwissenschaft

Hans-Martin Schönherr-Mann

Vom Machiavellismus zur Hospitalisierung – Expertokratie oder Mündigkeit im Zeitalter der Digitalisierung

2021

https://doi.org/10.25969/mediarep/19960

Veröffentlichungsversion / published version

Sammelbandbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Schönherr-Mann, Hans-Martin: Vom Machiavellismus zur Hospitalisierung – Expertokratie oder Mündigkeit im Zeitalter der Digitalisierung. In: Martina Bachor, Theo Hug, Günther Pallaver (Hg.): *DataPolitics. Zum Umgang mit Daten im digitalen Zeitalter.* Innsbruck: Innsbruck University Press 2021, S. 55–71. DOI: https://doi.org/10.25969/mediarep/19960.

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under a Deposit License (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual, and limited right for using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute, or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the conditions of use stated above.

DFG Deutsche Forschungsgemeinschaft

Philipps Universität Marburg

Vom Machiavellismus zur Hospitalisierung – Expertokratie oder Mündigkeit im Zeitalter der Digitalisierung

Hans-Martin Schönherr-Mann

Zusammenfassung

Die von der Medizin gelenkte Politik hat 2020 einen weltweiten Ausnahmezustand ausgelöst, der nicht zuletzt durch digitale Überwachungstechniken besonders medizinischer Art zu einer Hospitalisierung der ganzen Gesellschaft führt. Die Mündigkeit der Bürgerinnen ist dabei weitgehend verloren gegangen. Dass sich viele dagegen nicht zur Wehr setzen können, liegt nicht zuletzt daran, dass sich die Massenmedien in die machiavellistische Politik der Furchterzeugung einklinken und es an seriöser kritischer Information von dieser Seite mangelt. Dadurch konnten viele dieses Defizit an Information auch nicht durch das WWW ausgleichen, in dem es schwerfällt, zwischen Fake News und überzeugender Kritik zu unterscheiden, wenn ein seriöser externer Maßstab fehlt. Damit intensiviert sich die staatliche Biopolitik, so dass die soziale wie politische Macht der Medizin weiter wächst, die Mündigkeit und Menschenrechte so wenig wie die Demokratie achtet. Ob sich die Bürgerinnen dagegen zur Wehr setzen können und werden, lässt sich kaum abschätzen. Man hat mal sein Leben für die Freiheit eingesetzt, jetzt opfert man die Freiheit dem nackten Leben.

1. Der digitale Fortschritt der Biopolitik

Die in Deutschland verbreitete Corona-App wäre für die mündige Bürgerin nicht mal das Problem gewesen. Diese App gaukelt zumindest vor, dass das Individuum selber darüber befindet, ob es sie anwendet oder nicht. Dass es dabei dem Druck der Umwelt ausgesetzt sein kann, ist auch nicht unbedingt dramatisch. Man sollte wirklich nicht alle Lebensprobleme verallgemeinern und dann am Ende staatlich regeln. Das Individuum muss sich selbst überlegen, wie es sich wehren kann, wie es solchen Druck der Umwelt und des Staates hintergeht und untergräbt. Man könnte ja das Mobiltelefon zuhause lassen. Natürlich, sich wehren bereitet Schwierigkeiten, verlangt Kreativität, könnte angesichts einer tristen, vom ‚großen Bruder' kontrollierten Realität aber Spaß machen und die Laune aufhellen.

Im freien Fall befindet sich momentan trotzdem die Mündigkeit der Bürgerinnen angesichts des digitalen wie analogen Überwachungsstaates, der sich seit dem Frühjahr 2020 weltweit ausgebreitet hat. Zum ersten Mal in der Geschichte kann man obendrein vor dem ‚großen Bruder' in kein anderes Land fliehen. Denn das Medizinwesen herrscht nun

mal flächendeckend in allen Staaten auf der ganzen Welt und hat praktisch überall zur Ausrufung des Ausnahmezustands geführt. Es gibt kein Entkommen.

Diese weltweite Verbreitung des Medizinwesens verdankt sich seiner zweifellosen Effizienz, indes leider nicht nur bei der Heilung von Krankheiten, sondern weil die Medizin nach Michel Foucault, ihrem schärfsten Analytiker, vor allem im Dienst einer gouvernementalen, d.h. bürokratisch organisierten und polizeilich durchgesetzten Biopolitik steht, aus der heraus und mit der zusammen sich sowohl der Nationalstaat wie die moderne Medizin seit dem 17. Jahrhundert entwickelten. Foucault schreibt bereits 1963 in seinem Buch *Die Geburt der Klinik* über die Medizin:

> „In der Lebensführung der Menschen beansprucht sie eine normative Rolle, die sie nicht bloß zur Erteilung von Ratschlägen für ein vernünftiges Leben befugt, sondern sie zur Lehrmeisterin für die physischen und moralischen Beziehungen zwischen dem Individuum und seiner Gesellschaft macht. Sie situiert sich in der für den modernen Menschen maßgeblichen Randzone, in welcher ein bestimmtes organisches, leises, leidenschaftsloses und muskulöses Glück ganz eng mit der Ordnung einer Nation, mit der Stärke ihrer Armeen, mit der Fruchtbarkeit eines Volkes und mit dem langsamen Gang seiner Arbeit verbunden ist.“ (Foucault 2005, S. 52)

Bereits 1602 intoniert diese medizinisch basierte Biopolitik der häretische Dominikanermönch Tommaso Campanella mit seiner Utopie *La città del Sole* und zwar mit autoritären sozialistischen und universell katholischen Zügen. Dem *Sonnenstaat*, so berichtet Campanellas Reisender von der fernen Insel,

> „obliegt vor allem die Sorge für die Fortpflanzung, damit Männer und Frauen so miteinander verbunden werden, dass sie den besten Nachwuchs hervorbringen. Sie <die Insulaner> spotten über uns, weil wir der Fortpflanzung der Hunde und Pferde unsere eifrige Sorge widmen, die der Menschen aber vernachlässigen.“ (Campanella 1960, S. 119)

Freilich hat er dabei ein frühes Vorbild, nämlich Platons Politeia, in der schon die Züchtung von Menschen propagiert wird.

2. Ausnahmezustand als Hospitalisierung

Diese also von weither kommende, biopolitische Tendenz der frühneuzeitlichen wie der modernen Staaten realisiert sich im gegenwärtigen Ausnahmezustand, bei dem die Organisationsprinzipien des Hospitals auf die Gesellschaften in ihrer Ganzheit übertragen werden. Damit bewirkt der Ausnahmezustand folglich die Hospitalisierung der Gesellschaft. Im Ausnahmezustand werden gemeinhin die Grundrechte der Bürgerinnen

aufgehoben, wobei es gleichgültig ist, wie man das dann bezeichnet, ob als Katastrophenfall oder als epidemischen Notstand.

Den Ausnahmezustand kann man daher auch nicht rechtlich regeln, und zwar nicht nur, weil das Recht ja aufgehoben wird, sondern weil seine Ausrufung immer auf einer Entscheidung beruht, die in letzter Konsequenz immer ein Akt der Willkür ist. Bei welcher Zahl von Infizierten er ausgerufen wird, muss beschlossen werden. Aber es gibt nun mal keinen methodisch angebbaren Übergang von der Information zur Entscheidung. Carl Schmitt, der wichtigste Theoretiker des Ausnahmezustands schreibt 1922:

> „Die Entscheidung über die Ausnahme ist nämlich im eminenten Sinne Entscheidung. Denn eine generelle Norm, wie sie der normal geltende Rechtsatz darstellt, kann eine absolute Ausnahme niemals erfassen und daher auch die Entscheidung, dass ein echter Ausnahmefall gegeben ist, nicht restlos begründen.“ (Schmitt 2004, S. 13)

Mit dem Ausnahmezustand erzeugt man einen anomischen Zustand, weil nun mal der Nomos aufgehoben ist. Das Gesetz ist nicht mehr in Kraft, so dass man dann auch völlig gesetzesfremde Maßnahmen ergreifen kann, wie das heute genauso der Fall ist wie zu Zeiten des Nationalsozialismus. So zieht Schmitt folgenden Vergleich: „Der Ausnahmezustand hat für die Jurisprudenz eine analoge Bedeutung wie das Wunder für die Theologie.“ (Schmitt 2004, 43) Das Wunder durchbricht den Rahmen der Naturgesetze, der Ausnahmezustand den Rahmen der gesetzlichen Ordnung, herrscht im Ausnahmezustand eine Kraft ohne Gesetz. Parlamentsentscheidungen, die die Ausrufung des Ausnahmezustands absegnen bzw. diesem einen demokratischen Heiligenschein verleihen, ändern an dieser Sachlage nichts: Die Grundrechte sind aufgehoben und dann können Mediziner und Politiker Maßnahmen beschließen ohne Rücksicht auf diese Rechte, wie man das 2020 und 2021 tagtäglich erleben durfte.

Die schwerwiegendsten Aufhebungen der Menschenrechte im Zuge des Ausnahmezustands heute sind dabei Demonstrationsverbote und damit die Aufhebung der Meinungsfreiheit, Freiheitsentzug, den man Quarantäne nennt, Ausgangssperren von einer Dauer, die sich keine frisch gebackene Militärdiktatur leisten könnte, grundrechtsverletzende Reiseverbote, die totale Aufhebung der Unverletzlichkeit der Wohnung, die zwischenmenschliche Kommunikation zerstörenden Kontaktverbote, diskriminierende Verhaltensvorschriften, beleidigender und entstellender Gesichtsverhüllungszwang wie z.B. im Iran oder in Saudi-Arabien, weitreichende Unterbindung von Berufstätigkeit, von Bildung, von Freizeitgestaltung und sportlicher Betätigung, um nur einige wichtige Rechtsfelder zu nennen. Und den verbleibenden Rest an Rechten verschmutzen Hygienezwangsmaßnahmen.

Was jenseits davon einer gelenkten Demokratie als Variante des Überwachungsstaates entspricht, ist die flächendeckende Diskriminierung von Kritikern dieses Maßnahmenstaates, den Ernst Fraenkel im Hinblick auf den Nationalsozialismus vom Normenstaat

unterscheidet, in dem weiterhin das geltende Recht angewendet wird – man denke an das BGB –, während im Maßnahmenstaat Entscheidungen „nach Lage der Sache“ (Fraenkel 2001, S. 113) getroffen werden und damit geltendes Recht aufgehoben wird. Natürlich kann man eine Güterabwägung unternehmen zwischen den Folgen des Krankheitsgeschehens und denen des Ausnahmezustands. Diese nehme ich hier nicht vor, sondern betrachte primär, welche Folgen die Hospitalisierung für die Gesellschaft hat. Über dramatische Situationen in Kliniken wird ja ständig berichtet, wiewohl langsam, sehr langsam (Anfang Mai 2021) die Berichte über die Folgen der Hospitalisierung in den Medien zunehmen.

Zu diesen Folgen der Hospitalisierung gehört die Tatsache, dass man Kritiker des Ausnahmezustands in Deutschland zumeist dem rechtsradikalen Lager zuordnet. In China oder Russland werden Regimekritiker mit derselben Methodik als Terroristen verfolgt. Der Schritt dorthin ist ein kleiner: Wer sich fahrlässig oder vorsätzlich nicht vorschriftsmäßig verhält, gefährdet aus medizinischer Sicht andere, und das könnte man schon als eine Form des Terrorismus qualifizieren. Jede Kritik und jede Form des Widerstands soll im Keim erstickt werden. Man schreibt Demonstrationen gegen Maskenzwang und gegen Mindestabstand vor, dass die Demonstranten Masken tragen müssen, was das bei Demonstrationen übliche Skandieren von Parolen behindert. Und sie müssen den Zwangsmindestabstand einhalten, was auf Demonstrationen praktisch unmöglich ist. Mit diesem Argument wurden Demonstrationen reihenweise verboten. Die freie Meinungsäußerung als Grund- und Menschenrecht ist damit an einer für eine Demokratie entscheidenden Stelle aufgehoben.

3. Der digitalisierte medizinische Überwachungsstaat

Aber das primäre Problem des Überwachungsstaates sind die digitalen Möglichkeiten, die dieser heute hat, obgleich er sie noch nicht völlig nutzt, auch weil die Techniken teilweise noch nicht hinlänglich ausgereift sind. Bewegungsprofile indes liefern die Netzanbieter der Kommunikationsbranche längst an die daran interessierten Behörden, wiewohl nach eigenem Bekunden anonymisiert. Aber jederzeit könnte polizeilich für Leib und Leben Gefahr im Verzug geltend gemacht werden – also eine Variante polizeilich verfügter Ausnahme – und selbstredend wird sich kein Telefonanbieter dem staatsanwaltlichen Zugriff letztlich entziehen können. Ähnlich lässt sich der fleißig empfohlene bargeldlose Zahlungsverkehr zur Überwachung nutzen, wo und wie immer man das macht. Und plötzlich wird man eingesperrt, weil an einer Kasse ein Infektionsrisiko medizinisch rekonstruiert wird und offenbar nicht einmal die Virologen ihren eigenen Geräten zur Gesichtsabdeckung trauen.

Noch ist die Gesichtserkennung bei der Videoüberwachung nicht so weit ausgereift, und womöglich wird das auch durch die Gesichtsverhüllung behindert, was indes dazu führen wird, dass man sich auf die Identifikation der Augen konzentriert. Es nützt also nichts, sein Mobiltelefon zuhause zu lassen. Man könnte sich aber spiegelnde Sonnenbrillen aufsetzen, die dann sicherlich verboten werden, wahrscheinlich das Tragen von Sonnenbrillen an Orten mit Maskenzwang überhaupt. Wer in Deutschland einen Wohnsitz hat oder deutschen Behörden amtlich bekannt ist, kann dann fast wie mit einer Fußfessel überwacht werden. Wer sich außerhalb videoüberwachter Gebiete bewegen will, muss sein Mobiltelefon bei sich tragen, das auch vom Hubschrauber aus identifiziert werden kann. Fehlt dieses, dann wird die nächste Polizeistreife auf die entsprechende Person aufmerksam gemacht. Bewegungs-, Kontakt- und Aufenthaltsverbote lassen sich auf diese Weise zukünftig sehr gut, aber auch heute bereits in einem hohen Maße kontrollieren und mit staatlicher Gewalt wie hohen, existenzvernichtenden Geldstrafen durchsetzen. Also die digitalen Überwachungsmaßnahmen sind vielleicht noch nicht ausgereift. Aber der Weg zur wirklich totalen Überwachung dürfte nicht mehr allzu weit sein, was die totale Hospitalisierung der Gesellschaft dann flächendeckend durchsetzt. Und das Ganze mit medizinisch bestem Gewissen, man wolle ja nur Leben schützen.

Man denke auch an die bereits anwendbaren Methoden zur Gesundheitsüberwachung, die sich die um ihre Gesundheit sich ängstigende Bürgerin bisher freiwillig angedeihen lässt. Der postmarxistische und technologieeuphorische Kritiker des Kapitalismus Paul Mason macht daraus gar eine neue Humanität:

> „Die gesammelten Daten unseres Lebens – zu denen in naher Zukunft unsere Fahrgeschwindigkeit, unsere Ernährungsgewohnheiten, unser Body-Mass-Index und unsere Herzfrequenz zählen werden – könnten selbst eine sehr wirksame ‚soziale Technologie' sein." (Mason 2015, S. 343)

Diese Technologie wird sich aus einem Zusammenspiel von Digitalisierung, medizinischer Betreuung und polizeilicher Überwachung entwickeln, also eine Kooperation verschiedener primär technologischer Expertengruppen. So präsentiert sich gerade die Medizin als ein Bereich, in dem die Medizintechnik durch die Digitalisierung eine immer größere Bedeutung gewinnt, welche die sich perfektionierende Gesundheitskontrolle ermöglicht.

Wie sich zeigt, kann man sich dagegen auch auf keinen Rechtstaat verlassen: Nur in seltenen Fällen geben Gerichte Klägern gegen die Maßnahmen des Ausnahmezustands recht. Der Totalitarismus droht heute somit weniger von Seiten politischer oder religiöser Bewegungen als vielmehr durch eine medizinisch technologische Expertokratie, die sich als wissenschaftliche Macht auf eine Politik des epidemischen Ausnahmezustands als weltlichem Arm stützen kann, was sich mit der mittelalterlichen Zwei-Schwerter-Lehre vergleichen lässt, bei der das weltliche Schwert das geistliche realisierte gemäß der Struktur des Inquisitionsprozesses. Einen derartigen Vergleich zieht der politische Philosoph Michael Walzer 1983 in seinem Hauptwerk *Sphären der Gerechtigkeit*:

> „Zu Zeiten des Mittelalters sah es in Europa wie folgt aus: die Betreuung der Seelen, die Seelsorge, war eine öffentliche Angelegenheit, die der Körper hingegen Privatsache. Heute ist die Situation in den meisten europäischen Ländern umgekehrt; […]. In dem Maße, in dem wir das Vertrauen in die Heilung unserer Seelen verloren, ist unser Glaube, wenn es nicht bereits eine Obsession ist, an die Heilbarkeit unserer Körper gewachsen.“ (Walzer 1992, S. 138)

So formt der medizinisch technologische Komplex die Körper wie die Seelen, um sie so lenken zu können, dass die weltlich staatliche Macht als gerichtlich polizeilicher Komplex nur noch zum Ausführungsorgan der medizinisch technologischen Expertokratie depraviert – die Inquisition konnte von solcher Macht nur träumen. Eine gewisse Eigendynamik wird indes dem Justiz- und Polizeikomplex als sozialem Subsystem so lange erhalten bleiben, solange der staatliche Sicherheitsdiskurs und der medizinische Sicherheitsdiskurs noch unterschiedliche, miteinander inkommensurable Sprachen sprechen. Aber auch hier kann man Angleichungstendenzen beobachten. Die Polizei kontrolliert jede Bürgerin, die ob ihres Körpers für andere Körper als potentiell gefährlich gilt. Überhaupt hat die Hospitalisierung dazu geführt, dass jeder Mensch ein Gefährder ist.

Wenn Widerspruch dagegen diskriminiert wird, dann ist Politik definitiv nicht mehr der Ort des Widerstreits verschiedener Diskurse, wie sie von Jean-François Lyotard bestimmt wird, womit sich vor allem Demokratie umschreiben lässt. Politik ist vielmehr zum Ort geworden, wo sich die Hegemonie des medizinisch technologischen Diskurses durchsetzt und zwar unter Rückgriff auf die staatliche, ob des Ausnahmezustands gesetzlose Gewalt, mögen die Parlamente auch noch so viele Erlasse als Gesetze absegnen.

Damit könnte Lyotards Hoffnung an ihr Ende geraten, der 1983 noch primär den ökonomischen, nicht den medizinischen Diskurs als Bedrohung der Politik begreift: „Das einzige unüberwindliche Hindernis, auf das die Hegemonie des ökonomischen Diskurses stößt, liegt in der Heterogenität der Satz-Regelsysteme und Diskursarten, […].“ (Lyotard 1987, S. 299) Gelingt es dem medizinischen Diskurs andere Diskurse zweitrangig zu machen, was nach Lyotard rein sprachlich betrachtet unmöglich ist, was aber durchaus droht, weil die Masse der Zeitgenossinnen bereitwillig dem medizinischen Diskurs folgt? In der Politik wie unter den Bürgerinnen wird heute ein so digitalisiertes wie anglisiertes Medizinisch gesprochen, wird hier ein Sprachreinigungsprozess fortgeschrieben, wie ihn Jürgen Trabant als Vereinheitlichung und Fixierung der lebendigen Sprache in den modernen Wissenschaften bemerkt: „Das Ende der Sprache wird im Dienste der Wissenschaft nicht nur herbeigesehnt, sondern ernsthaft betrieben.“ (Trabant 2020, S. 210) Gerade in der Medizin findet eine intensive Sprachregulierung statt, die in die Gesellschaft hineinwirkt: Man muss die richtigen medizinischen Begriffe verwenden.

Jedenfalls gibt es jetzt eine Methode, die Konsens herstellt, genauer erzwingt, nämlich diese Hegemonie, indem dieser medizinische Diskurs alle anderen zum Schweigen bringt und dadurch jeden Widerstreit unterdrückt. Sicherlich haben sich Apel und Habermas

ihren Konsens im Stil des zwanglosen Zwangs „aus der Kraft des besseren Arguments“ (Habermas 1976, 73) anders vorgestellt. Aber genau das bildet sich der medizinisch technologische Diskurs ob seiner Wissenschaftlichkeit sogar ein, während die törichten bzw. unvernünftigen Zeitgenossen, welche die medizinisch gouvernementalen Maßnahmen nicht genau befolgen, die Gewaltanwendung gegen sich selber zuzuschreiben haben.

Das Schema dazu hat der konservative politische Philosoph Leo Strauss geliefert, der dem Bürger die Kompetenz abspricht, über seine Sicherheit selber zu urteilen:

> „Wenn aber jeder noch so törichte Mensch von Natur aus darüber richten kann, was für seine Selbsterhaltung notwendig ist, dann kann mit Recht alles als für die Selbsterhaltung unerlässlich angesehen werden: alles ist dann von Natur aus gerecht. Wir können dann von einem Naturrecht der Torheit sprechen.“ (Strauss 1977, S. 192)

Dann müssen sich die Bürgerinnen von den weisen Eliten der Mediziner lenken lassen, d.h. natürlich auch richtig sprechen lernen – geht Strauss in der Tat davon aus, dass es höhere, fähigere, gebildetere Menschen gibt, die keine Führung brauchen und unfähigere Menschen, die sie dringend nötig haben.

4. Das WWW als Informationsquelle und die klassischen Massenmedien

Auf der einen Seite herrscht ein unglaublich weit ins individuelle Leben reichender Ausnahmezustand. Auf der anderen Seite bemüht sich die Politik so zu tun, als herrsche Normalität, als wolle man vorführen, dass alles beim Alten geblieben sei und der politische Betrieb routiniert fortgesetzt wird, dass vor allem also die Demokratie erhalten sei, weil ihre Gremien und Institutionen weiterarbeiten, als gebe es gar keinen Maßnahmenstaat. Aber damit unterstreicht man nur Fraenkels Unterscheidung zum Normenstaat, der den Maßnahmenstaat ja nicht hindert.

Von den Befürwortern des Ausnahmezustands wird dabei auch auf die Presse verwiesen, die weiterhin frei und unabhängig geblieben ist. Und natürlich findet keine offizielle Zensur statt, herrscht anscheinend weiterhin Meinungsfreiheit. Erstaunlich ist freilich, dass nicht nur fast alle demokratischen Parteien im Berliner Bundestag, sondern auch die meisten nichtstaatlichen Medienanstalten die Politik des Maßnahmenstaates unterstützen.

Bei den mehr oder weniger staatlichen, also in der Bundesrepublik öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten kann man sowieso eine aktive Begleitung der Politik des Ausnahmezustands beobachten, die nicht verwundern sollte. Um nur auf ein bayerisches Beispiel zu verweisen: nicht nur, dass seit der Debatte über die Flüchtlingspolitik seit 2015 der Nachrichtenkanal des Bayerischen Rundfunks ständig verkünden muss, dass er ‚aus Bayern und für Bayern‘ sendet. Das Musikprogramm für junge Leute, nämlich Bayern3,

bezeichnet sich seit 2020 als ‚das wir zusammen Radio', das ihren jüngeren Hörern fleißig erklärt, dass sie genauso bedroht von der Krankheit seien wie Ältere und wie man mit dem Ausnahmezustand zurechtkommt und dass man das fleißig zusammen bewältigen müsse. Und in den Nachrichtensendungen des Bayerischen Rundfunks wird ständig das Adjektiv „hochansteckend" wiederholt, wenn der populäre Name der Krankheit fällt.

Man kann also von einer zumindest freiwilligen Gleichschaltung der Medienanstalten sprechen – wobei die ‚Freiwilligkeit' an der Sache selbst nichts ändert; denn es gibt praktisch keine neutralen, geschweige denn kritischen Medien mehr, so dass es in der Tat schwerfällt, sich unabhängig vom hegemonialen Diskurs zu informieren, der schließlich auch die internationale Politik kontaminiert, so dass selbst die Berichterstattung über Angelegenheiten jenseits des herrschenden Ausnahmezustand in ein fragwürdiges Licht getaucht wird. Fast erübrigt es sich, darauf hinzuweisen, dass diese Sachlage den Produzenten von Fake News massiv in die Hände spielt, hat sich bei einem Teil der Bevölkerung doch das Gefühl ausgebreitet, man würde von den herrschenden Medien nur belogen.

Nicht allein deshalb muss diese Sachlage verwundern, weil es einerseits demokratische Aufgabe der Presse und der Medien ist, die Politik kritisch zu begleiten – werden die Medien auch immer wieder als vierte Gewalt neben Legislative, Exekutive und Judikative bezeichnet. Andererseits gibt es zwar immer regierungsnahe Medien, aber eben auch regierungsferne, die sich ansonsten mit kritischen Kommentaren nicht unbedingt vornehm zurückhalten. Just die Medienanstalten versagen im Ausnahmezustand offenbar bzw. kommen dieser Rolle als kritische Institution einfach nicht nach.

Die Welt aus dem Axel Springer Verlag – nicht gerade als Flaggschiff kritischer Berichterstattung berühmt – bietet ein kostenpflichtiges Online Angebot, das die einen oder anderen kritischen Stellungnahmen zum gegenwärtigen Ausnahmezustand publiziert. Nicht nur weil die meisten Zeitgenossinnen im Internet nur kostenlose Angebote goutieren, erscheint dieses Angebot als Nischenprodukt, wenn nicht gar als Feigenblatt, das aber andere große Medienanstalten offenbar gar nicht für nötig halten. *Die Welt* – als konservativ bekannt – könnte damit vielleicht auch im rechten Lager um Kundschaft buhlen, in dem man jeglicher Regierungspolitik feindlich gesonnen ist, freilich bestimmt nicht dem Ausnahmezustand, mit dem die Rechte immer schon gerne Politik machte. So darf man fragen, ob die Hospitalisierung am Ende einer auch biopolitisch orientierten Rechten nicht nutzen könnte.

Warum aber bleibt die Kritik aus? Weil es um ein medizinisches Problem geht, das nur die Experten verstehen, wie man offiziös gerne beteuert? Nein, dazu sollte es genügend Wissenschaftsjournalisten geben, die sich in der Medizin auskennen und zur Not auch schnell nachlernen können, um nicht nur die Maßnahmen zu hinterfragen, die die Politik umsetzt, sondern auch die wissenschaftlichen Theorien, Hypothesen und Informationen, auf denen diese Maßnahmen beruhen. Sie wären bestimmt auch dazu in der Lage, selbst etwas komplizierte Sachverhalte dem Publikum zu erklären und sehr viele könnten das

auch verstehen, nicht zuletzt weil das Thema Medizin im Allgemeinen und Grippe im Besonderen sehr populär ist, wird dem Thema Gesundheit in praktisch allen Medien – nicht bloß in den speziellen wie der Apothekenrundschau – breiter Raum eingeräumt.

Dasselbe gilt auch für juristisch gebildete Journalisten, die jederzeit die erlassenen Maßnahmen daraufhin kritisieren können, ob sie dem Grundgesetz widersprechen, ob sie die Menschenrechte beachten, ob sie in einer Abwägung der betroffenen Rechtsgüter angemessen erscheinen, also letztlich, welche Risiken eher zu vermeiden sind und welche man durchaus eingehen sollte. Man liefert den Bürgerinnen von medialer Seite kaum kritische Informationen, die eine kritische Haltung gegenüber dem Ausnahmezustand befördern.

Fast möchte man darauf reagieren, wie das im Zeitalter der Digitalisierung ein Problem sein kann. Wenn die klassischen Massenmedien versagen, können sich die Bürgerinnen doch im WWW selber informieren. Dem kann man freilich entgegenhalten, dass hier für viele der Aufwand doch gemeinhin höher ist als in den gewohnten Massenmedien. Aber in einem Ausnahmezustand, der praktisch das Leben aller Bürgerinnen massiv beeinträchtigt, wäre es doch nicht zu viel verlangt, dass sich dann die Bürgerinnen darum eben intensiver kümmern müssten.

Doch daraus ergibt sich eine sehr kuriose Sachlage. Zwar kursieren im WWW diverse, durchaus auch seriöse Informationen. Doch angesichts der Flut von Fake News sind diese häufig nur schwer als solche zu erkennen. Man kann sich ja gerade nicht auf die Internetseite des Robert-Koch-Instituts oder des italienischen Gesundheitsministeriums in Rom stützen, wenn man Medizin und Politik der Hospitalisierung unter eine kritische Lupe nehmen will.

Um die Seriosität von WWW-Quellen beurteilen zu können, fehlt umso mehr die kritische Information aus bekannten seriösen Quellen in den gängigen Massenmedien, auf die man sich bisher verlassen konnte. Und umgekehrt, wenn diese Quellen fehlen, lässt sich derart auch jede seriöse Information im WWW desavouieren. Auf diese Weise – ob vorsätzlich oder fahrlässig – werden die Bürgerinnen in einem Zustand der Desinformation gehalten, die sie umso abhängiger macht von der Politik des Ausnahmezustands, von der sie sich blind und unmündig lenken lassen müssen. Aber da steht man doch in einer guten Tradition. Denn wie bemerkt bereits Platon in Bezug auf sein Züchtungsprojekt: „Es scheint, dass unsere Herrscher allerlei Täuschungen und Betrug werden anwenden müssen zum Nutzen der Beherrschten.“ (Platon 1958, 459 c, S. 181) So stellen sich das Mediziner und Politiker auch vor, dürfen dies aber natürlich nie zugeben.

5. Entmündigung durch Unfähigkeit zur Kritik

Das hat natürlich weitreichende Folgen. Denn damit befinden sich die Zeitgenossinnen gegenüber der aktuellen Politik insgesamt in einer Lage, in der sie auch diese nicht mehr kritisch beurteilen können, da diese de facto unter Bedingungen des Ausnahmezustands stattfindet, so dass der Umgang mit anderen Problemen als dem bekannten Krankheitsgeschehen immer unter diesem Vorbehalt desselben wie des Ausnahmezustands steht. Das zeigt sich beispielsweise in der sozial besonders wichtigen Finanzpolitik, in der plötzlich Schuldenberge aufgehäuft werden dürfen – sogar der Europäischen Union wird jetzt erlaubt, Kredite aufzunehmen –, die die Finanz- und Eurokrise weit in den Schatten stellen. Wie will man als Bürgerin gegenüber einer solchen Alltagspolitik noch eine kritische Haltung einnehmen, wenn diese just von einer Sachlage abhängig ist, die kritisch zu reflektieren die notwendigen Informationen oder das dazu notwendige Hintergrundwissen fehlt?

Denn nicht nur die Wirtschafts- und Finanzpolitik, alle politischen Aktivitäten jenseits der medizinisch gelenkten Politik des Ausnahmezustands stehen unter dem Vorbehalt, wie sich einerseits der Ausnahmezustand weiter entwickeln wird und andererseits, wie weit die durch den Ausnahmezustand verursachten ökonomischen und existentiellen Schäden behoben oder kompensiert werden können. Fast im Predigtton und unter aufgesetztem Optimismus verheißen Wirtschaftspolitiker den kommenden Aufschwung nach dem Ende des Ausnahmezustands, der sogar nach offiziellem Bekunden die größte Wirtschaftskrise seit 1929 verursacht hat. Schließlich ist hier die weitere Entwicklung trotz Impfgeschehen keineswegs vorhersehbar.

Wie viele ökonomische Existenzen vernichtet wurden und noch werden, darüber wird eilig hinweggegangen mit der Verheißung von staatlichen Entschädigungen. Wenn sich die Staaten aber finanziell übernommen haben sollten – was sich kaum anders wird bezeichnen lassen –, dann werden solche Versprechungen schwerlich eingehalten, abgesehen von einer kommenden Sparpolitik, die just jene Bereiche treffen wird, die unter dem Ausnahmezustand bereits am meisten leiden, nämlich die der Kultur, der Bildung, der Gastronomie etc. Bürgerinnen werden weitgehend blind einer solchen Politik zustimmen müssen, noch dazu, wenn sie selbst darunter massiv leiden, also nur auf Hilfen und Wirtschaftsaufschwünge hoffen können.

So profitiert am Ausnahmezustand auch die offizielle Politik, die sich großer Zustimmung erfreuen durfte. Dass die Politik des Ausnahmezustands 2020 in der BRD eine Zustimmungsrate von bis zu 80% genoss, mag deren Protagonisten erfreut und beruhigt haben. Leider spricht diese Rate für keine demokratischen Umstände. Denn derart hohe Zustimmungsraten gibt es nur in gelenkten Demokratien oder in Diktaturen. In Demokratien mit einer kritischen öffentlichen Meinung herrschen immer Dissense, Differenzen und Meinungsstreitereien. Wenn diese ausbleiben, kann es schwerlich mit

rechten Dingen zugehen. Vielmehr fehlt eben die kritische Information und Diskussion, die Demokratie ausmacht und ohne die Demokratie aufgehoben ist.

Und offenbar konnte das WWW diesen Mangel nicht ausgleichen, was eigentlich für die klassischen Medien spricht. Wenn seriöse Information fehlt, dann kann diese durch die Eigeninitiative der Betroffenen nicht ersetzt werden, weil sich zu viele unseriöse Informationen dazwischen tummeln und häufig nicht mit Sicherheit entschieden werden kann, wie seriös eine Quelle ist. Dann kann man sich auf eine solche Information auch nicht stützen.

Dabei handelt es sich ja bei der Medizin wie dem WWW mitnichten um private Angelegenheiten, was man ja auch nicht mal von der Religion sagen kann, sondern um öffentliche. Was aber die Religion von der Medizin wie den Naturwissenschaften unterscheidet, ist, dass die Religion von Autoritäten bestimmt wird, denen die Gläubigen folgen, was sich von fundamentalistischen politischen Ideologien gar nicht so sehr unterscheidet. Religiöser wie auch ideologischer Fundamentalismus verbreitet sich im WWW daher leicht unter den Anhängern und vermag auch erfolgreich zu missionieren. Was wahr und was falsch ist, was seriös ist, das ist klar geregelt. Eine kritische Hinterfragung der Glaubensgehalte gehört natürlich nicht zu einem Fundamentalismus.

Das ist in den Wissenschaften anders, besonders in der Medizin, mit der sich alle irgendwie beschäftigen müssen, weil jeder mal krank ist oder kranke Freunde hat. Sehr viele verfügen durchaus über ein differenziertes Verständnis von Krankheit und sammeln darüber auch viele Informationen. Dazu hat das WWW massiv beigetragen, aber natürlich auch die Massenmedien, die sich gerne mit medizinischen Themen befassen, weil diese beim Publikum zumeist auf großes Interesse stoßen.

Weil fast jeder noch dazu bei Erkältungskrankheiten über eigene Erfahrungen und einen eigenen, zumeist durchaus reflektierten Umgang mit gerade diesen Krankheiten verfügt, durfte das aktuelle Krankheitsgeschehen nicht unter dem bekannten Namen Grippe oder dem weniger bekannten Influenza publik gemacht werden. Indem es von allen offiziellen Stellen medizinischer oder politischer Art als etwas Neues und Unbekanntes qualifiziert wurde, nahm man den Bürgerinnen praktisch jede eigene Kompetenz ab und machte sie zu Unmündigen, die den Anweisungen der Mediziner und den Erlassen der Politik folgen müssen, ohne diese prüfen zu können oder gar zu dürfen.

Hätten die Medien über das jeweils aktuelle Krankheitsgeschehen, die offiziellen medizinischen Interpretationen und die politischen Maßnahmen seriöse, d.h. kritische Informationen und einen Meinungsstreit geliefert, hätten sich die Bürgerinnen selber eigene Bilder vom Geschehen machen können und hätten über ihre Reaktionen selber entscheiden können. Viele Bürgerinnen hätten sich den Maßnahmen des Ausnahmezustands nicht einfach gebeugt. Viele hätten eine kritische Haltung eingenommen, eigene Umgangsformen mit der Krankheit entwickelt, wie sie es ja immer gewöhnt sind. Dann wäre eine autoritäre Lenkung durch die Medizin erheblich schwieriger geworden, wenn sie

nicht gänzlich gescheitert wäre. Womöglich wären dann massive polizeiliche Gewaltmaßnahmen erforderlich gewesen, um mit dem Ausnahmezustand die medizinisch gewünschten Effekte zu erzielen.

6. Die Politik der Furcht

Um es so weit nicht kommen zu lassen, hat man obendrein auf ein weit verbreitetes probates Mittel zurückgegriffen, nämlich auf die Politik der Angsterzeugung, die eine lange Geschichte hat. Sie beginnt mit der *Offenbarung des Johannes*, dem letzten Buch der Bibel, das einen totalen Weltuntergang ankündigt, während im jüdischen Denken der erwartete Messias die Welt nur wieder in Ordnung bringen soll. Im römischen Denken wie in asiatischen Weltbildern spielt der Weltuntergang keine Rolle, im Islam nur eine untergeordnete. Bis etwa 1500 lebte das Christentum unter der Drohung des Weltuntergangs, was für den Einzelnen bedeutete, dass dann niemand mehr für ihn beten, für ihn ein gutes Wort einlegen könnte, so dass er immer schon so leben muss, dass ihn das Jüngste Gericht nicht aburteilt.

Seit 1500 verblasste indes dieses apokalyptische Denken im Christentum. Doch es wurde mit der Entstehung der modernen Wissenschaften von diesen übernommen, drohen die Wissenschaften seither immer wieder mit diversen größeren oder kleineren Untergängen, mit denen sie entweder schlicht Aufmerksamkeit erheischen, Forschungsgelder einsammeln oder das Leben der Menschen beeinflussen wollen. So konstatiert Johannes Fried:

> „Astronomen, Physiker, Biologen oder Chemiker erweisen sich als Kinder ihrer Zeit und sind der Herkunft ihrer Kultur verpflichtet, ständig auf der Suche nach Anfängen und Untergängen, und nun immer häufiger nach neuen Erden für den bevorstehenden Untergang der alten, vertrauten.“ (Fried 2016, S. 251)

Natürlich werden davon gerade auch die Massenmedien beseelt, wobei man ihnen unterstellen darf, dass es ihnen dabei primär darum geht, ihren Umsatz zu erhöhen. Mit Szenarien eines Weltendes erregt man die Aufmerksamkeit der verängstigten Zeitgenossinnen. Dasselbe gilt für die Literatur, die Musik, den Film oder Videospiele wie auch für diverse Zirkel und Seiten im Internet.

In der Politik hat das apokalyptische Denken eine eigene Ausformung erhalten, und zwar um 1500 durch den wichtigsten Vordenker des modernen Staates Niccolò Machiavelli, der zusammen mit seinem Zeitgenossen Leonardo da Vinci wesentlich zum Übergang der Apokalypse in ein säkulares Denken beiträgt. Machiavelli empfiehlt nämlich dem Fürsten, sich nicht auf die freiwillige Zustimmung seiner Untertanen zu verlassen. Aber der Fürst kann mit seiner Macht nach eigenem Gutdünken unter diesen Furcht erzeugen, mit der er sie dann lenken kann. So schreibt Machiavelli den Fürsten und allen ihren Nachfolgern ins

Stammbuch: „Da die Liebe zu den Menschen von ihrer Willkür und die Furcht von dem Betragen des Fürsten abhängt, darf ein kluger Fürst sich nur auf das, was in seiner Macht und nicht in der der andern steht, verlassen.“ (Machiavelli 1980, 70)

Die Politik des Ausnahmezustands arbeitet besonders intensiv mit diesem Mittel. Man hält kritische Informationen zurück, so dass die Bürger sich nicht selber informieren können. Man erklärt die Krankheit als besonders gefährlich, erzeugt also Furcht. Beides zusammen entmündigt die Bürgerinnen und macht sie zu braven Gefolgsleuten jener, die anscheinend als Einzige ein sicheres Wissen haben. Wer den Erleuchteten nicht grundsätzlich vertraut, wird von seiner Furcht motiviert, diesen Eliten trotzdem zu gehorchen.

Die Bürgerinnen durch Furcht zu entmündigen, sie zu willigen Untertanen zu machen, das ist Machiavellismus, den solche Machiavellisten tunlichst verschweigen und verstecken, und Machiavellismus umdeuten: So liegt der Machiavellismus für Leo Strauss „im machiavellischen Prinzip, dass der gute Zweck jedes Mittel rechtfertigt“. (Strauss 1984, S. 13). Man soll ja nach Strauss der Bevölkerung gefährliche Wahrheiten verschweigen, die deren Vertrauen in die Regierung schwächen könnten.

Auch Thomas Hobbes, der Vordenker von Absolutismus und Liberalismus, stützt im 17. Jahrhundert die Politik seines *Leviathan* nicht nur auf die Furcht der Bürger. „Die Leidenschaften, die den Menschen friedfertig machen, sind Todesfurcht, das Verlagen nach Dingen, die zu einem angenehmen Leben notwendig sind und die Hoffnung, sie durch Fleiß erlangen zu können.“ (Hobbes 1984, S. 98) Damit arbeiten die chinesische Regierung wie die Paten des Maßnahmenstaates: Unterwerfung aus Angst vor Gewalt und Krankheit sowie Hoffnung auf ökonomische Entwicklung und auf ein Ende der Gefahr.

Leider hat Hobbes den Herrschenden auch verraten, wodurch ihre Position gefährdet wird, so dass sie ihrerseits alles unternehmen, dem vorzubeugen. Denn Hobbes schreibt:

> „Die Verpflichtung des Untertanen gegen den Souverän dauert nur so lange, wie er sie auf Grund seiner Macht schützen kann, und nicht länger. Denn das natürliche Recht der Menschen, sich selbst zu schützen, wenn niemand anderes dazu in der Lage ist, kann durch keinen Vertrag aufgegeben werden.“ (Hobbes 1984, S. 171)

Ob sich jemand sicher fühlt, kann man ihm aber von außen nicht eingeben. Darin liegt immer ein möglicher Kündigungsgrund des Gesellschaftsvertrages und das Individuum fängt an, sich selber zu schützen. Ein solches Sicherheitsbedürfnis ist längst von der körperlichen Unversehrtheit durch staatliche oder private Gewalt in die Gesundheit übergelaufen. Wenn man den staatlichen Lebensmittelkontrollen kein Vertrauen mehr entgegenbringt, sucht man nach vertrauenswürdigeren Versorgungsquellen. Wenn man der Medizin misstraut, sucht man sein Heil in der Alternativmedizin oder in der Esoterik.

Als der Souverän den Ausnahmezustand ausrief – in Deutschland die Bundesländer, die für den Katastrophenfall zuständig waren – sah man sich genau mit diesem Problem

konfrontiert. Wenn man einen erfolgreichen Umgang mit Krankheiten pflegt, wird man sich von niemandem dabei reinreden lassen. Man schützt sich selbst.

Wenn es sich aber um eine neue unbekannte gefährliche Krankheit handelt, die man nicht kennt, muss man aus Angst und Unkenntnis gehorchen, sich also vom Ausnahmezustand schützen lassen, d.h. sich diesem unterwerfen. Das WWW hilft ja auch nicht weiter, weil die seriösen Massenmedien keine kritischen Informationen mehr liefern. Im anderen Fall hätte diese Politik der Furcht nicht so flächendeckend wirken können.

Das Versagen liegt damit primär bei der Presse bzw. den Medien, die das machiavellistische Spiel der Politik und der Medizin unterstützt haben, was auch dazu führte, dass abweichende medizinische Auffassungen in der Öffentlichkeit nicht die notwendige Repräsentation fanden. Denn natürlich ist die Medizin kein einfacher monolithischer Block, was eine der Hoffnungen beseelt, dass sich die Entmündigung der Bürgerinnen durch medizinische Experten unterlaufen lässt. Das ist auch eine Chance für die Politik, nicht weiterhin bloß zum weltlichen Schwert des wissenschaftlichen Geistes zu verkommen.

7. Mündigkeit oder nacktes Leben

Zudem gehört der Machiavellismus zur alltäglichen medizinischen Praxis: Man lenkt die Zeitgenossin, indem man ihr die schlimmsten möglichen Konsequenzen ausmalt, bis sie schließlich in die vom Arzt gewünschte Therapie einwilligt, wie existentiell belastend diese auch sein mag. Hier hatte das WWW eine Weile durchaus eine emanzipatorische Wirkung, indem man sich besser über Krankheiten informieren konnte als vor dem WWW. Und das ließ sich auch mit seriösen Informationen abgleichen, was vielen Medizinern und Gesundheitspolitikern schon lange ein Dorn im Auge ist: Daher die ständigen Beschimpfungen und Verfolgungen alternativer Heilpraktiken, über die man sich vor dem WWW gar nicht so leicht informieren konnte.

Der Hang zur Information, sei es im WWW oder durch die klassischen Medien wie auch die Neigungen zur Alternativmedizin, demonstrieren, dass viele Bürgerinnen ihre Abhängigkeit vom Medizinsystem gerne reduzieren würden, dass sie sich dabei eben um Mündigkeit bemühen, was trotzdem ein schwieriges Unterfangen bleibt. Denn das, was Ivan Illich 1975 schreibt, hat sich bis heute massiv verstärkt:

> „Lebenslange ärztliche Beaufsichtigung […] macht das Leben zu einer ununterbrochenen Folge gefährlicher Altersstufen, von denen jede ihre eigene Form der Bevormundung braucht. Von der Wiege bis ins Büro, vom Ferienlager des Club Méditerranée bis ins Leichenschauhaus wird jede Alterskohorte durch ein Milieu konditioniert, das definiert, was für die einzelnen Altersgruppen als Gesundheit zu gelten hat. […] Für Arme wie

> Reiche wird das Leben zu einer Pilgerfahrt, deren Kreuzwegstationen – Sprechzimmer und Wartezimmer – zurück zum Ausgangspunkt führen: in die Krankenstation.“ (Illich 1981, S. 95)

Die globale Macht der Medizin hat sich seit 2020 zudem auch ökonomisch verstärkt. Während die Weltwirtschaft eine ihrer größten Krisen erlebt – die sich der Politik der Hospitalisierung verdankt – geht es Konzernen blendend, die am Gesundheitswesen beteiligt sind, von diesem selbst ganz zu schweigen, dem jedenfalls bestimmt nicht nur in Deutschland eminente finanzielle Verbesserungen gewährt werden. Nicht nur also, dass sich der politische Einfluss des gesamten Gesundheitswesen durch den von diesem gelenkten Ausnahmezustand unendlich gesteigert hat, auch die ökonomische Macht der daran beteiligten Akteure hat sich massiv verbreitert, so dass nicht nur Konflikte zwischen verschiedenen Wirtschaftsbereichen absehbar sind – das wäre das geringste Übel –, vielmehr dürfte sich die medizinische Lenkung der Bürgerinnen und die Hospitalisierung der Gesellschaft dadurch noch massiv intensivieren – und zwar selbst dann noch, wenn das aktuelle Krankheitsgeschehen medial, politisch und medizinisch in den Hintergrund des allgemeinen Interesses treten sollte.

Mit dem medizinisch begründeten Ausnahmezustand hat sich auch gezeigt, dass Medizin und Demokratie, Medizin und Menschenrechte, sowie Medizin und individuelle Mündigkeit, also Medizin und Freiheit miteinander in einem massiven Konflikt liegen. Wie dekretiert Hannah Arendt: „Der Sinn von Politik ist Freiheit, und ohne sie wäre das politische Leben sinnlos.“ (Arendt 2000, S. 231) Oder um es etwas holzschnittartig zu sagen: Früher hat man sein Leben für die Freiheit geopfert; heute opfert man die Freiheit dem nackten Leben.

Bereits 1995 weist Giorgio Agamben darauf hin, dass sich die Biopolitik zunehmend am nackten Leben orientiert. „Nicht der freie Mensch mit seinen Eigenschaften und seinen Statuten, und nicht einmal schlicht homo, sondern corpus ist das neue Subjekt der Politik “ (Agamben 2015, S. 132) Im Zuge der Medizinisierung und speziell im Ausnahmezustand der Hospitalisierung werden Menschen auf gefährliche Körper reduziert, die daher total kontrolliert und gelenkt werden müssen, was nur funktioniert, wenn das Denken ausgeschaltet wird.

Die Medizin präsentiert sich in jeder Hinsicht als autoritäres hierarchisches System, das sich unter Hinweis auf ihre sozial wie individuell lebenserhaltende Funktion hegemonial ins Sicherheitsdispositiv einschreibt und damit absolutistisch ähnlich wie Hobbes argumentiert: um der Lebenssicherung willen sollen die Bürgerinnen widerspruchslos den Weisungen der weisen, wissenden medizinischen Experten folgen. Die mündige ‚Patientin‘, die die Medizin als ein Dienstleistungsangebot versteht und die nur solche Angebote annimmt, die sie selbst geprüft hat und die ihr taugen, wird von nicht allzu vielen Medizinern geschätzt, geschweige denn von den Gesundheitspolitikern.

Doch während Hobbes noch die individuelle Widerstandskraft anerkannte, unterläuft die Medizin die individuelle Mündigkeit durch eine umfassende Hospitalisierung, die sich auf digitale Technologien stützt und machiavellistisch durch Furchterzeugung Gehorsam schafft. Die Medizin spricht ja von Menschen nur als ‚Patienten', die primär aus Körpern bestehen, denen Seelen zugeordnet werden, für die man auch ständig neue Krankheiten und Steuerungsmechanismen entwickelt.

So hadert die Medizin weniger mit der Demokratie als mit den Menschenrechten. Denn Demokratie besteht nicht nur darin, dass sich Parlamente aus verschiedenen politischen Parteien zusammensetzen, die durch reguläre Wahlen in diese Parlamente gelangt sind. Wider das berühmt gewordene Wort von Viktor Orbán muss Demokratie liberal sein, d.h. sie muss vor allem Menschen- und Minderheitenrechte achten, aber auch die Freiheit der Informationsmedien, der Forschung, Lehre, der Bildung wie der Kultur, darf gerade auch letzterer weder durch einen Ausnahmezustand noch durch eine restriktive Politik die Luft zum Atmen genommen werden. Letzteres praktizieren in der EU vor allem Ungarn und Polen, Ersteres findet sich flächendeckend überall.

Wieweit sich die Bürgerin gegen diese Hospitalisierung zur Wehr setzen wird, ist momentan mehr als ungewiss. Viel zu viele wünschen sich eine umfassende Versorgung und Betreuung. Und auf der technologischen Ebene fördert die Digitalisierung eine solche Abhängigkeit, während sie auf der informationellen unter Bedingung des Ausnahmezustands dieser Entwicklung gerade nicht widerstreitet. Behält der Prophet der Digitalisierung Marshall McLuhan dann recht, wenn er 1964 schreibt: „Die Besitzer von Medien sind immer bemüht, dem Publikum das zu geben, was es will, denn sie spüren, dass ihre Macht im *Medium* liegt und nicht in der *Botschaft* oder dem Programm." (McLuhan 1992, S. 251) Hat die Bürgerin 2020/21 doch einfach bekommen, was sie wollte? Dann darf man sich auf eine fortschreitende Hospitalisierung einstellen, auch nach Corona.

Literatur

Agamben, Giorgio (2015): *Homo sacer – Die souveräne Macht und das nackte Leben* (1995). 10. Aufl. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Arendt, Hannah (2000): Revolution und Freiheit (1962). In: dies.: *Zwischen Vergangenheit und Zukunft – Übungen im politischen Denken I* (1968). 2. Aufl. München: Piper, S. 227–251.

Campanella, Tommaso (1960): Der Sonnenstaat (1602). In: Heinisch, Klaus (Hrsg.): *Der utopische Staat*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 111–170.

Foucault, Michel (2005): *Die Geburt der Klinik – Eine Archäologie des ärztlichen Blicks* (1963). 7. Aufl. Frankfurt/M.: S. Fischer.

Fraenkel, Ernst (2001): *Der Doppelstaat* (1936–38, 1941). Hamburg: Europäische Verlagsanstalt.

Fried, Johannes (2016): *Dies Irae – Eine Geschichte des Weltuntergangs*. München: C.H Beck.

Habermas, Jürgen (1976): *Strukturwandel der Öffentlichkeit – Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft* (1962), 8. Aufl., Neuwied, Berlin: Luchterhand.

Hobbes, Thomas (1984): *Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates* (1651). Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Illich, Ivan (1981): *Die Nemesis der Medizin – Von den Grenzen des Gesundheitswesens* (1975). Reinbek: Rowohlt.

Lyotard, Jean-François (1987): *Der Widerstreit* (1983). München: Wilhelm Fink.

Machiavelli, Niccolò (1980): *Der Fürst* (1532). Wiesbaden: VMA Verlag.

Mason, Paul (2016): *Postkapitalismus – Grundrisse einer kommenden Ökonomie*. Berlin: Suhrkamp

McLuhan, Marshall (1992), *Die magischen Kanäle – „Understanding Media“* (1964). Düsseldorf u.a.O.: Econ.

Platon (1958): *Politeia*. Übers. v. Friedrich Schleiermacher. Werke Bd. 3, Hamburg: Rowohlt.

Schmitt, Carl (2004): *Politische Theologie – Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität* (1922). 8. Aufl. Berlin: Duncker & Humblot.

Strauss, Leo (1977): *Naturrecht und Geschichte* (1953). Frankfurt/M.: Suhrkamp

Strauss, Leo (1984): *Thoughts on Machiavelli* (1958). Chicago, London: University of Chicago Press.

Trabant, Jürgen (2020): *Sprachdämmerung – Eine Verteidigung*. München: C.H. Beck

Walzer, Michael (1998): *Sphären der Gerechtigkeit – Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit* (1983). Frankfurt/M.: S. Fischer.